

Die politischen Parteien im vereinigten Deutschland

Prof. Dr. Iring Fetscher, geb. 1922 in Marbach/Neckar, ist em. Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M.

I.

Noch ein Jahr vor der „Wende“ haben alle verantwortlichen Politiker in der damaligen Bundesrepublik wie in der Noch-DDR damit gerechnet, daß bestenfalls eine allmähliche „Liberalisierung“ des SED-Regimes zu erwarten sei. Niemand hat ernsthaft mit einer baldigen Beendigung der deutschen Spaltung gerechnet. Die Tatsache, daß die Mehrheit der DDR-Bevölkerung Freiheit, Wohlstand und eine Vereinigung mit dem Westen sehnlichst erhoffte, war aber vielen sicherlich bekannt. Inoffiziell dürften die meisten der von Theodor Eschenburg gebrauchten Formulierung zugestimmt haben, wonach eine Verwandlung des SED-Regimes in eine Demokratie wie zum Beispiel die Österreichs den Wünschen der Deutschen im Westen vollauf genügen werde. Der SED-Ideologe Reinhold hatte allerdings 1989 offen ausgesprochen, was der Führung seiner Partei längst bewußt war: Ohne den sozialistischen Anspruch habe die DDR keine Existenzberechtigung als selbständiger Staat. Er hätte auch sagen können, mit dem Wegfall des Regimes der pseudolegitimierten Diktatur würde dieser Staat bald aufhören zu existieren.

Lange Zeit war die SPD die Partei der deutschen Einheit gewesen und hatte Konrad Adenauers Kurs der Westbindung - bis hin zur Aufrüstung und zum NATO-Beitritt - bekämpft, weil sie die Spaltung verewige. Als die Parteiführung der SPD erkannt hatte, daß ihr außenpolitischer Kurs keine Durchsetzungschancen hatte, setzte ihre Umorientierung ein. Die Annahme der Westbindung und der europäischen Einigung wurde dann - in der Ära Willy Brandt - die ermöglichende Voraussetzung für die Entspannungspolitik nach Osten, die gegen den anfänglichen Widerstand der CDU durchgesetzt wurde. Es ist

heute noch schwer zu beurteilen, in welchem Ausmaß die Ostverträge zum Aufstieg einer radikalen Reformgruppe mit Michail Gorbatschow beigetragen und damit den Prozeß der Auflösung des Ostblocks und der staatssozialistischen Regime gefördert haben. Die meisten Beteiligten gehen davon aus, daß ohne die - von der damaligen amerikanischen Führung unterstützte - bundesdeutsche Entspannungspolitik die Entwicklung zumindest nicht so reibungslos vonstatten gegangen wäre.

Dieser kurze Rückblick war notwendig, weil in den beiden vergangenen Jahren von den Regierungsparteien der Eindruck erzeugt wurde, als hätten allein CDU und FDP durch eine konsequente Wiedervereinigungspolitik schließlich den Erfolg der Vereinigung der beiden deutschen Staaten herbeigeführt. Dabei wurde nur gelegentlich und leise die Tatsache erwähnt, daß unter Außenminister Hans-Dietrich Genscher die von Willy Brandt eingeleitete Ostpolitik konsequent fortgesetzt wurde. Nach dem Abschluß der Ostverträge und deren Durchsetzung in der öffentlichen Meinung war es der CDU/FDP-Regierung sogar möglich - ohne nennenswerte Proteste - Erich Honecker in Bonn einen roten Teppich auszubreiten und ihn hochoffiziell zu empfangen. Daß bei den Tischreden die landesüblichen Vorbehalte artikuliert wurden, fiel dabei kaum noch ins Gewicht.

Als sich dann im Sommer 1989 die Ereignisse zu überstürzen begannen, reagierte Bundeskanzler Helmut Kohl außerordentlich flexibel. Rasch ging er von seinem vorsichtigen Zehn-Punkte-Plan zu einem Kurs auf schnelle Vereinigung über und erreichte mit seinem ökonomisch problematischen Angebot des Anschlusses an das Währungsgebiet der Bundesrepublik einen überwältigenden Wahlsieg für seine Partei in der damals noch existierenden DDR. Die Koalitionspartei FDP folgte ihm auf diesem Wege, und der Außenminister sicherte das internationale Umfeld außerordentlich geschickt ab. Die Bonner Koalition konnte sich einige Monate lang der Sonne ihres Sieges erfreuen. Die Oppositionsparteien SPD und Grüne verhielten sich unsicher und widerspruchsvoll. Das ernst gemeinte und richtige Angebot der Zusammenarbeit, das nach den Wahlen in der DDR durch die Teilnahme der dortigen SPD an einer Koalition noch befördert wurde, wies der Kanzler — aus Parteiegoismus - zurück. Einige Politiker der SPD und viele Grüne erweckten - ob zu Recht oder Unrecht - den Eindruck, als wollten sie lieber keine Einheit. Kurz, die Chance einer klaren politischen Haltung gegenüber der aktuellen Lage wurde vertan. So richtig die Hinweise auf die finanziellen Belastungen auch waren, sie hätten nur dann als Ausdruck politischer Weitsicht zum Ansehen der Partei beigetragen, wenn sie von vornherein mit der Bereitschaft zur solidarischen Anstrengung für die Menschen in den neuen Bundesländern verbunden gewesen wären.

II.

Heute ist die Bundesrepublik ein neues, politisch gewichtigeres Land, das seine Orientierung erst noch finden muß. Die vordringlichen Aufgaben, die

von jeder Regierung dieses Landes gelöst werden müßten, sind klar. An die erste Stelle hat sich mit der finanziellen und politischen Vereinigung die Aufgabe der möglichst raschen - aber kaum von heute auf morgen zu realisierenden - Angleichung der realen Lebensverhältnisse in Ost und West geschoben. Keine Partei - auch nicht die der im Bundestag gar nicht mehr vertretenen „westlichen“ Grünen - wird das Gewicht dieser Aufgabe unterschätzen - aber sind auch alle bereit, sie zu lösen? Mir scheint, die Sozialdemokratie hätte als traditionelle Partei der sozialen Gerechtigkeit hier eine Pionierrolle zu spielen, der sie bisher noch nicht recht gewachsen zu sein scheint. Die CDU/FDP-Regierung schien von der Illusion getragen zu sein, mit der Öffnung für einen größeren Markt und der Einführung des Privateigentums (die allerdings auf verzögernde Hindernisse stößt) werde gleichsam von allein dieser Ausgleich Zustandekommen. Niemand werde nach der Wende ärmer sein, ließ der optimistische Kanzler verkünden. Nach einigen Monaten des Nichtstuns setzten dann Hilfsmaßnahmen ein, die, wenig koordiniert und kaum einem Gesamtkonzept folgend, pragmatisch den Verfall der ostdeutschen Wirtschaft aufhalten oder abfedern sollen. Der Umtausch einer riesigen Summe von Ostmark in DM hatte - wie Ökonomen vorausgesehen hatten - einen erheblichen Wirtschaftsaufschwung im Westen zur Folge. Gleichzeitig wurden die Produktionsstätten im Osten (einschließlich der landwirtschaftlichen Betriebe), denen sowohl der Binnenmarkt als auch der Markt im Osten verlorenging, dem Ruin ausgesetzt. Von Ideologen der freien Marktwirtschaft wurden gigantische planökonomische „Maßnahmen“ ohne Plan vorgenommen. Die Schwerfälligkeit der alten Verwaltungen, das Fehlen einer intakten Rechtsordnung und kompetenten Personals verhinderten Neuinvestitionen. Es fehlte an der notwendigen Infrastruktur und anderem. Niemand hatte die notwendige Vorbereitungsarbeit geleistet. Marktwirtschaftliche Ideologie und prinzipienloser Pragmatismus standen unvermittelt nebeneinander. Der Streit um die Alternative „Rückgabe vor Entschädigung“ einerseits und Entschädigung bei rascher Bereitschaft eines Käufers für Neuinvestitionen andererseits ist nur ein Beispiel hierfür. Die FDP schwankt zwischen dem eiligen Pragmatismus des neuen Wirtschaftsministers Möllemann und der Dogmatik der reinen Markt- und Eigentumsideologen. In der CDU fallen die Konzepte des „linken Flügels“ mit Fink und Blüm und der Mehrheit auseinander. Der Kanzler - von Haus aus wohl den Sozialausschüssen nicht fernstehend - scheint wenig entscheidungsfreudig. Wo kurzfristige Parteiinteressen nicht in Sicht sind, läßt er die Zügel schleifen. Maßnahmen wie die Verlängerung von Fristen zur Mietanpassung oder die Hinausschiebung des Termins zur Beendigung der „Kurzarbeit“ tragen deutlich die Spuren wahltaktischer Motivation.

Die SPD hat nicht nur eine eindeutige Haltung angesichts der Vereinigungsfrage vermissen lassen, sie riskiert auch jetzt, die Chance zur Vorlage eines alternativen Konzepts für die Entwicklung der neuen Bundesländer zu verpassen. An die Stelle von „Aufschwung Ost“ müßte und könnte sehr wohl ein Konzept treten, das den „Kahlschlag“ dort als günstige Chance für den Aufbau

einer von vornherein umweltfreundlichen, modernen Industrie nützt. Ganz ähnlich wie die Kriegszerstörungen und Demontagen nach den beiden Kriegen der deutschen (und später nur der westdeutschen) Wirtschaft zu einer ungemein nützlichen Modernisierung verhelfen haben, könnte jetzt allerdings nur bei entsprechender planmäßiger Förderung - in den neuen Bundesländern aus den Ruinen der staatssozialistischen Planökonomie eine überlegene, ökologisch verantwortbare Industrie entstehen. Dazu wäre zum Beispiel auch eine Verkehrsplanung nötig, die dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr eindeutig den Vorrang gegenüber dem privaten Personen- und Güterverkehr einräumt. Nur solange es keine anderen Transportmöglichkeiten gibt, wäre der Lastwagentransport (der nach dem Krieg unentbehrlich war und daraus auf Dauer unberechtigte Vorteile abgeleitet hat) noch zuzulassen beziehungsweise zu fördern. Die neuen Bundesländer könnten auf dem Weg zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft sogar eine Vorreiterrolle übernehmen. Die SPD hat in ihrem Berliner Programm diesen Umbau ausdrücklich gefordert, sie könnte und müßte ihn angesichts der Lage in den neuen Bundesländern konkretisieren.

Die dritte große Aufgabe, die noch immer der Lösung harrt, ist durch die Vereinigung noch schwerer geworden: die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, insbesondere auch der Dauerarbeitslosigkeit. Zwar wurde durch die Vergrößerung der Nachfrage, durch den Geldumtausch die ohnehin boomende westdeutsche Wirtschaft noch weiter - durch einen ideologisch nicht gewollten und geplanten - keynesianischen Effekt gefördert, aber selbst im Westen wurde damit die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Im Osten ist der Höhepunkt der Entwicklung noch gar nicht einmal erreicht. Experten rechnen mit bis zu drei Millionen Arbeitslosen - darunter besonders viele Frauen, da die Erwerbsquote von Frauen in der ehemaligen DDR weit höher lag als im Westen. Wenn man die Verlautbarungen der CDU-Sozialausschüsse liest, kann man den Eindruck gewinnen, hier könnte es zu einer gemeinsamen Anstrengung von Sozialdemokraten und CDA-Abgeordneten kommen. Leider spricht die historische Erfahrung eher dagegen. Im Zweifelsfall optierten diese CDU-Parlamentarier in der Regel für die „Parteitreu“ und gegen ihr soziales Gewissen.

Die energische Hilfe für die neuen Bundesländer beim Aufbau ihrer Verwaltungen, ihrer Infrastruktur und ihrer Betriebe ist zugleich auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Westen. Solange die Aussichten auf einen ausreichend bezahlten Arbeitsplatz im Osten so düster sind wie jetzt, wird die Wanderbewegung gen Westen nicht aufhören. Dabei ist besonders nachteilig, daß eine Auswahl von qualifizierten und jungen Menschen abwandert, während ältere, weniger qualifizierte eher zurückbleiben. Um diese Wanderbewegung aufzuhalten und umzulenken, dürften noch weit mehr Maßnahmen notwendig sein als bisher eingeleitet worden sind. Der SPD wie den Gewerkschaften stünde es gut an, hier Vorschläge zu machen und für sie nachdrücklich einzutreten.

In den Medien wird in letzter Zeit am meisten über die vierte neue Herausforderung des vereinigten Deutschland geredet: über die internationale Rolle der größer gewordenen Bundesrepublik. Die zögernde Haltung Deutschlands wie Japans angesichts des Golfkrieges ist von Konservativen daheim und im Ausland wiederholt kritisiert worden. Dabei hat der Bundespräsident zu Recht darauf hingewiesen, wie groß noch kurz zuvor die Sorgen im Ausland angesichts der - militärischen - Stärke des vereinigten Deutschland waren.

Japan hat in seiner Verfassung ausdrücklich festgelegt, daß die bewaffnete Macht ausschließlich aus „Selbstverteidigungseinheiten“ bestehen darf, die nicht außerhalb des Landes eingesetzt werden dürfen. Ähnlich verstehen auch einige Verfassungstheoretiker das Grundgesetz als eine Verpflichtung der Bundeswehr, ausschließlich im Rahmen der NATO tätig zu werden und auf Einsätze außerhalb dieses Gebietes zu verzichten. Für ihre Zurückhaltung im Golfkrieg hat die Bundesrepublik erheblich zahlen müssen. Womöglich steckt hinter der Forderung nach der Eröffnung der Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes auch der Wille, künftig nicht so sehr zur Kasse gebeten zu werden. Die Haltung der Parteien zu dieser Frage scheint noch wenig geklärt zu sein. Für eine Verfassungsänderung, wie sie offenbar viele für notwendig halten, wäre die Zustimmung der Opposition — jedenfalls der SPD - notwendig. Karsten Voigts Vorschlag, eine solche Verfassungsänderung mit einer ausdrücklichen Beschränkung auf „Blauhelm-Einsätze“ unter UNO-Kommando zu verbinden, hätte den Vorteil, den Einsatz von Kampfverbänden jedenfalls auszuschließen. Da zu solchen Blauhelm-Einsätzen bisher auch Soldaten neutraler Länder (wie Österreich) herangezogen wurden, wäre das sicher kein Präzedenzfall für die künftige Ausweitung solcher Klauseln.

Das Beispiel dieses Streites zeigt aber nur, daß die Bundesrepublik künftig zu einer Neudefinition ihrer internationalen Politik herausgefordert ist. Sie kann sich nicht mehr hinter der engen Bindung an NATO und EG verstecken und muß „Farbe bekennen“. Es fragt sich allerdings, ob das eine kriegerische Farbe sein muß. Weltweit hat die Bundesrepublik bisher davon profitiert, daß sie - im Unterschied etwa zu Frankreich und Großbritannien - keine (oder richtiger gesagt: seit langer Zeit schon keine) Koloniahnacht (mehr) war. Daraus ergab sich auch eine andere Definition ihrer internationalen Pflichten und Interessen. Anknüpfend an diesen „Vorteil“ (der durch den Versäuler Vertrag geschaffen wurde) sollte die SPD eine antikolonialistische Politik auch gegenüber dem Neokolonialismus betreiben und sich vermehrt für den Abbau der ökonomischen und politischen Gegensätze zwischen Nord und Süd engagieren.

Die Veränderungen im ehemaligen Ostblock eröffnen aber darüber hinaus die Möglichkeiten für eine Außenpolitik im Interesse des Ausgleichs und der friedlichen, demokratischen Entwicklung auch in dieser Region. Der Prozeß der Abrüstung in Europa kann auf dem Verhandlungswege durchaus noch stärker befördert werden, als das bisher schon der Fall gewesen ist. Die Ver-

kleinerung der Bundeswehr leistet hierzu schon einen Beitrag. Die Frage, ob die heutige Waffendichte auf deutschem Boden erhalten bleiben soll, ist - jedenfalls wenn im Gegenzug eine weitere Abrüstung im Osten befördert werden kann - negativ zu beantworten. Die Bundeswehr sollte als Wehrpflichtigenstreitkraft beibehalten werden. Auf diese Weise ist die Truppe enger mit der Bevölkerung verbunden und kann die Forderung nach Einsatz außerhalb des NATO-Gebietes leichter zurückgewiesen werden. Die Aufstellung einer Eingreiftruppe von Berufssoldaten erscheint dagegen wenig wünschenswert, nicht nur weil sie an die „Legion Condor“ erinnert. Im übrigen wäre es gut, wenn wenigstens die SPD Anregungen des tschechoslowakischen Präsidenten Vaclav Havel aufgreifen würde, der für eine allmähliche Ablösung der NATO durch ein gesamteuropäisches Bündnis eingetreten ist.

III.

Die genannten vier Aufgaben dürften von allen Parteien im Bundestag erkannt werden. Ihre Prioritäten freilich sehen die Parteien unterschiedlich. Für die FDP ist das Wirtschaftswachstum nach wie vor das Schibboleth, auch wenn ökologische Forderungen pflichtschuldigst immer wieder erwähnt werden. Die Grünen sollten - so auch die Meinung mancher Strategen dieser Partei - sich nach wie vor als nachdrückliche Anwälte eines Kurswechsels in Richtung auf eine ökologisch angepaßte Wirtschaft verstehen und hierhin ihre Priorität legen. CDU wie SPD sind als „Volksparteien“ genötigt, alle vier Aufgaben fast gleichgewichtig zu diskutieren und zu lösen. Lediglich bei der vierten Aufgabe dürfte die CDU - vor allem auch, weil sie die stärkste Regierungspartei ist - einen größeren Leistungsdruck empfinden. In der SPD steht eine klare Kursbestimmung im Hinblick auf die internationale Politik noch aus. Allzuvielen widersprüchlichen Stimmen werden bis jetzt noch laut. Vielleicht rächt es sich jetzt, daß die SPD die Bundeswehr lediglich „hingenommen“ und sich nicht klar genug zu ihrer Funktion und Aufgabe festgelegt hat. Nur so konnte es geschehen, daß sich bis in die Führungsgruppen der SPD hinein „Bellizisten“ und „Pazifisten“ gegenüberstehen. Bei den Bellizisten scheint ein Nachholbedarf an einem falsch verstandenen Patriotismus zu bestehen, bei den Pazifisten eine zu einfache Ausklammerung der Realitäten.

Die SPD war seit jeher eine Partei der internationalen Organisationen, die Konflikte zwischen den Staaten friedlich zu lösen suchen. Sie hat während der Weimarer Republik den Völkerbund unterstützt und tritt seit Jahren für eine Stärkung der Rolle der UNO ein - auch wenn das nicht immer dem Willen der US-Regierung entsprach. Was den Vereinten Nationen bisher fehlt, ist vor allem ein Gericht, das souveräne Staaten zwingen kann, ihre Streitigkeiten dem Tribunal zur Entscheidung vorzulegen. Darüber hinaus wäre ein „Exekutivorgan“ wünschenswert, das im Falle der Weigerung bewaffneten Zwang (und Zwangsandrohung) anwenden kann. Solange diese beiden Organe fehlen, ist die UNO in vielen Fällen handlungsunfähig. Die Gefahr der Verhinderung von Entscheidungen des Sicherheitsrates durch ein Veto der fünf stän-

digen Mitglieder des Sicherheitsrates ist seit dem Ende des Kalten Krieges geringer geworden (seit 29. Februar 1984 hat die Sowjetunion kein Veto mehr eingelegt). Wenn freilich eine dieser Mächte selbst betroffen ist, steht nach wie vor ihr Veto im Wege. Ein Verzicht auf dieses Recht erscheint daher noch immer als wünschenswert.

IV.

Wenn auch über die anstehenden Aufgaben eher Konsens besteht, so unterscheiden sich doch die Vorstellungen der Parteien nicht nur bei den Prioritäten, sondern vor allem auch bei den *Mitteln und Wegen*, mit denen sie ihre Politik durchzusetzen suchen. Die CDU/CSU ist seit einiger Zeit auf dem (Rück)Weg zum Kanzler-Wahlverein. Das taktische Geschick des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers hat nicht nur die Ausschaltung aller denkbaren Konkurrenten, sondern auch die Eliminierung der kreativen „Querdenker“ wie Kurt Biedenkopf und Heiner Geissler zustande gebracht. Ansätze zu einer Programmpartei sind dabei auf der Strecke geblieben. Die Geringschätzung, die der Kanzler programmatischen Fragen gegenüber zeigt, kommt vermutlich auch mit der Betreuung des in der Öffentlichkeit angeschlagenen Vorsitzenden der Grundsatzkommission de Maiziere zum Ausdruck. Bei der CSU wurde lange Zeit das Fehlen eines programmatischen Profils durch die starke Gestalt des Parteivorsitzenden F. J. Strauß überdeckt. Nachdem der Versuch, in den neuen Bundesländern mit der DSU eine „Zwillingsschwester“ der CSU zu etablieren, offenbar gescheitert ist, und die Republikaner die CSU weit rechts überholt haben, sieht sich diese Partei auf eine bayerische Regionalpartei im Schlepptau der CDU zurückgeworfen. Die Einbindung in das Kabinett machte es dem CDU-Kanzler möglich, die Sonderrolle dieser Partei eng zu begrenzen. Die Kombination von Mitregieren in Bonn und Polemisieren in München wird durch wenig wirksame Attacken auf die andere Koalitionspartei weiterhin versucht, ohne daß dies jedoch außerhalb Bayerns sonderlich ernst genommen würde.

Beide „christliche Parteien“ sind ihrer Struktur nach - trotz entwickelter Parteibasis - wieder autoritär geführte Wahlvereine geworden. Die Zukunft wird zeigen, ob sich die Mitglieder und Parteifunktionäre sowie die Abgeordneten aus dieser relativ subalternen Position lösen können. Die Tatsache, daß der CDA-Vorsitzende Ulf Fink zugleich stellvertretender DGB-Vorsitzender ist, gibt ihm wenigstens etwas mehr Rückhalt als den meisten anderen seiner Kollegen. Kurt Biedenkopf hat durch seine Rolle als sächsischer Ministerpräsident die Chance, sein Gewicht wieder einzubringen. Insgesamt dürften die CDU-Abgeordneten aus den neuen Bundesländern eher der Position der Sozialausschüsse nahestehen und das innerparteiliche Gewicht zu deren Gunsten verschieben.

Wenn CDU/CSU hierarchisch strukturiert sind, so ist die FDP eine Partei der individuellen Köpfe und der Mittelschicht mit elitären Anflügen. Auch sie nimmt wenig Rücksicht auf die breite Basis. Sie hat in der Vergangenheit von

der Popularität Hans-Dietrich Genschers und seinem Engagement für die DDR-Fluchtbürger in Prag profitiert und verläßt sich vermutlich künftig auf das Show-Talent des Wirtschaftsministers Möllemann.

Die „Grünen“ wie die SPD sind Parteien, die - in unterschiedlicher Weise - stärker auf ihre jeweilige soziale Basis angewiesen bleiben. Die „Grünen“ haben ihre Wähler bei der letzten Bundestagswahl (vorübergehend?) verloren, weil sie zu sehr mit der - scheinbar obsolet gewordenen Friedensbewegung - assoziiert waren, und die ökologischen Probleme wenigstens verbal auch von den anderen Parteien aufgegriffen wurden. Die Wahl in Hessen hat inzwischen gezeigt, daß eine realistisch orientierte und verantwortungsbewußte Partei der Grünen nach wie vor Chancen hat.

Bei aller programmatischen Nähe von Grünen und SPD konkurrieren diese Parteien zum Teil um das gleiche Wählerpotential. Die SPD verliert einen Teil der „Aufsteiger“ und der durch bessere Bildungsangebote „individualisierten“ Wähler an die FDP, an die Grünen oder an die große Gruppe der Nichtwähler. Auch wenn die Mitgliederzahlen nicht dramatisch geschwunden sind, verringert sich doch die Relation der Wähler gegenüber den (aktiven) Parteimitgliedern. Die SPD ist noch immer eine Mitgliederpartei, aber die Formen der „Parteiarbeit“, darauf hat Björn Engholm zu Recht hingewiesen, sind für viele formale Parteimitglieder nicht mehr attraktiv. Seine Anregung, man möge doch auch aktive Gewerkschafter, Kirchenaktivisten und so weiter als Parteimitglieder willkommen heißen, die Partei müsse offener, flexibler und weniger altmodisch in ihren Karrieremustern sein, überzeugt. Besonders wichtig und spannungreich ist das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Durch die Ernennung des Bundesgeschäftsführers Blessing von der IG Metall hat Engholm die Notwendigkeit eines engen Kontaktes zwischen Gewerkschaften und Partei deutlich unterstrichen. Dies heißt aber nicht Interessengleichheit und Identität der Zielsetzung. Im Fall der neuen Bundesländer zum Beispiel müßte die SPD den Gewerkschaften Hinweise auf die Möglichkeiten von Solidarbeiträgen geben, die unmittelbar zur Bildung eines gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Bewußtseins in diesen - bisher von einer staatsbürokratischen Pseudogewerkschaft „betreuten“ - Gebieten verhelfen könnten. So ist es zum Beispiel schade, daß es nicht gelungen ist, bei den Tarifverhandlungen der ÖTV einen ausdrücklich für die Bezuschussung von Angestellten des öffentlichen Dienstes im Osten vorgesehenen - zeitlich begrenzten - Verzicht auf einen Teil der Anhebung der Löhne und Gehälter zu vereinbaren. Eine solche Regelung würde den Sockelbeträgen entsprechen, wie sie — gelegentlich und gegen Widerstand - von einzelnen Gewerkschaften in Tarifverträgen durchgesetzt worden sind.

Ein wichtiges, von den meisten Parteien vernachlässigtes Betätigungsbereich ist der organisierte Sport. Es ist nicht notwendig so, daß die zwanzig Millionen Mitglieder von Sportvereinen nur ihren Sport und ihren Verein im Kopf haben. Sporttreibende sind besonders gesundheitsbewußt und können - auf dem Wege über eine sinnvolle Förderung des Breitensports und der Gesund-

heitsvorsorge - durchaus auch politisch aktiviert werden. Daß Sport nicht in jedem Fall umweltverträglich ist, wissen inzwischen viele. Wie man Sport so treiben und fördern kann, daß zugleich die Umwelt - auch im Interesse der Gesundheit - geschont wird, das wäre eine wichtige Aufgabe auch für politische Parteien.

Unsere Gesellschaft ist - im Vergleich mit der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts - in jeder Hinsicht bunter, komplizierter, multikultureller geworden. Das macht das Konzept der „Arbeiterpartei“ hinfällig, auch wenn die ganz große Mehrheit der Bevölkerung aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht. Die Verlagerung des Interessenschwerpunkts von der Arbeitswelt zum Konsum schwächt die Organisierbarkeit (Konsum isoliert eher) und mindert vielfach das politische Interesse. Die Lebensstile differenzieren sich. Auf all das müssen die Parteien Rücksicht nehmen und reagieren. Das fällt vermutlich den kleinen Parteien leichter als den großen Volksparteien. In dem Maße aber, in dem auch das „traditionelle Arbeitermilieu“ im Laufe der Zeit an dieser Entwicklung teilhat, müssen die Gewerkschaften wie die SPD andere Formen der Mobilisierung und der Veranstaltungen entwickeln. Das heißt nicht, daß an die Stelle von politischer Aufklärung Werbung im Stile der Markenartikelreklame treten soll, obgleich das als „bequeme Antwort“ auf die Haltung der Menschen in der Konsumgesellschaft gelten kann. Eine Partei jedenfalls, die nicht einfach die Marktwirtschaft (ohne soziales Korrektiv und ohne ökologische Steuerung) hinnehmen will, muß an der Weckung kritischen politischen Bewußtseins interessiert sein. Die Wähler stellen heute höhere Anforderung, um zum Anhören von Argumenten motiviert zu werden. Das — nicht zuletzt durch die Aktivitäten der SPD - gehobene Bildungsniveau verlangt auch mehr von den Darbietungen der Partei. Die SPD hat sich ein neues Programm gegeben, das der Popularisierung und Kommentierung bedarf (ein Kommentar von Erhard Eppler hegt bereits vor). Die SPD ist hier den anderen Parteien einen Schritt voraus, sie müßte das freilich - auch im täglichen politischen Kampf - deutlicher zur Sprache bringen und ausdrücken. Oppositionsparteien brauchen Theorie. Auf die Dauer freilich kann auch eine Regierung nicht ganz auf theoretische Orientierung verzichten.

Es ist nicht ungewöhnlich, daß ein tiefer historischer Einschnitt wie der Zusammenbruch des gesamten Ostblocks in Europa und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zunächst die Beteiligten ratlos läßt und zur Reorientierung zwingt, es ist aber die Aufgabe der Opposition - die ja nicht unter aktuellem Handlungszwang steht - nachzudenken und deutlich zu machen, wie der Weg in die Zukunft aussehen soll. Dabei sollte - davon habe ich viel zu wenig gesprochen - auch die Erfahrung der Menschen in der DDR berücksichtigt werden. Die nachdrückliche Umorientierung der aufzubauenden Produktionsstätten auf umweltverträgliche Anlagen und Produkte ist eine, vielleicht die wichtigste Lehre. Es sieht nicht so aus, als sei die Bundesregierung fest entschlossen, diese Priorität im Interesse der jetzt lebenden Generation und künftiger Generationen so ernst zu nehmen, wie sie es verdient.

Der entscheidende Vorzug einer pluralistischen Demokratie gegenüber jeder Form autoritärer Regime ist ihre Lernfähigkeit. Die Entstehung der Partei der Grünen war ein Hinweis einmal auf die Lernfähigkeit des „Systems“, zum anderen auf die unzulängliche Lernfähigkeit der Parteien. Die FDP hat mit ihren „Freiburger Thesen“ einmal einen großen Schritt in Richtung auf die ökologische Kurskorrektur getan, ihn aber—spätestens unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Graf Lambsdorff - bald wieder „vergessen“. Die SPD ist in ihrem Berliner Programm auf die ökologische Umorientierung der Wirtschaft eingeschwenkt. Die CDU hat auf den Unfall in Tschernobyl mit der Errichtung eines Umweltministeriums reagiert und einiges in dieser Richtung getan. Wenn es der SPD - in Gemeinschaft mit den zum Teil zögerlichen Gewerkschaften - gelingt, diese ökologische Kurskorrektur glaubwürdig durchzusetzen, wird es der Partei der Grünen nicht mehr bedürfen. Bis dahin reichlich bleibt sie dringend notwendig, und es ist zu hoffen, daß sie in Hannover und Wiesbaden konstruktiv mitarbeitet und bei der nächsten Bundestagswahl nach Bonn zurückkehrt.